

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung

14. Sitzung
10. Oktober 2022

Beginn: 09.03 Uhr
Schluss: 11.44 Uhr
Vorsitz: Christian Gräff (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Christian Gräff: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Umsetzung der Maßnahmen des Runden Tisches

Sexarbeit

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0060](#)

GesPflGleich

Hierzu: Anhörung

Es wurde um die Anwesenheit jeweils eines Vertreters der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sowie der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport gebeten. Für die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung nehmen Herr Dr. Meinen, Abteilungsleiter II, und Frau Ünsal, Leiterin der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung, teil. Herzlich willkommen! – Für die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport nehmen teil, ebenfalls per Videozuschaltung, Herr Staatssekretär Dr. Kleindiek – auch Ihnen herzlich willkommen, Sie waren schon von Anfang an dabei – und Herr Kristian Grüning. Hier im Raum ist unsere Anzuhörende Frau Lonneke Schmidt-Bink, Leiterin des Frauentreffs Olga. Ihnen ein ganz herzliches Willkommen! Frau Sarah Stöckigt, Projektleiterin bei Hydra e. V., ist per Webex zugeschaltet; seien auch Sie herzlich willkommen!

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. Wird die Begründung des Besprechungsbedarfs durch eine der antragsstellenden Fraktionen gewünscht? – Bitte schön!

Mirjam Golm (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Anzuhörende! Zunächst möchte ich betonen, wie wichtig und vor allem dringend notwendig es war, den Runden Tisch Sexarbeit in der letzten Legislaturperiode einzurichten und dabei die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure einzubinden – alle betroffenen Senatsverwaltungen, die Bezirke, die Beratungsstellen, das Landeskriminalamt und natürlich auch die Sexarbeitenden selbst.

Es gab eine ganz klare Zielsetzung des Runden Tisches, nämlich die Rechte und Arbeitsbedingungen sowie die Gesundheitsversorgung und die Sicherheit der Sexarbeitenden in Berlin zu verbessern. Erarbeitet werden konnte ein Gesamthandlungskonzept mit einer Vielzahl von Vorschlägen und konkreten Handlungsempfehlungen, um die Arbeit und die Lebenswelt der Sexarbeitenden zu verbessern. Wir denken, es ist jetzt an der Zeit zu schauen, welche dieser konkreten Maßnahmen umgesetzt werden konnten, welche wirklich zu einer Verbesserung geführt haben, aber auch zu sehen, wo es noch Probleme gibt, was noch umgesetzt werden muss. Wir freuen uns, darüber mit Ihnen in den Austausch treten zu können. – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzende Aferdita Suka: Vielen Dank für die Begründung des Besprechungspunktes! Ich vertrete kurz den Vorsitzenden; ich bin die stellvertretende Vorsitzende. Mein Name ist Suka, und auch ich begrüße die Anzuhörenden. Grundsätzlich hat der Senat die Gelegenheit, vorab und bei Bedarf eine Stellungnahme abzugeben. Das ist jetzt nicht der Fall, sodass

wir mit der Anhörung beginnen. Vorab eine Anmerkung: Wir machen es in der Regel so, dass wir den Anzuhörenden jeweils fünf, sechs Minuten Zeit geben, sich einzubringen. Im Anschluss folgen bis zu zwei Fragerunden. Wir beginnen mit Frau Schmidt-Bink, Leiterin des Frauentreffs Olga.

Lonneke Schmidt-Bink (Frauentreff Olga; Leitung): Wir haben eigentlich abgesprochen, dass Frau Stöckigt anfängt. Ist das möglich?

Stellv. Vorsitzende Aferdita Suka: Wir können auch wechseln. Dann beginnt Frau Sarah Stöckigt, Projektleiterin bei Hydra e. V. – Bitte schön!

Sarah Stöckigt (Hydra e. V.; Projektleiterin) [zugeschaltet]: Guten Morgen! Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, heute hier sprechen zu dürfen und unseren Eindruck zur Umsetzung der Maßnahmen wiederzugeben! Ich entschuldige mich, dass ich nicht live vor Ort sein kann, ich bin gerade bei einem Kongress einer europäischen Sexarbeitsorganisation in Brüssel und hoffe, mein Hotel-Internet hält gut durch.

Kurz zur Einleitung, falls nicht alle Hydra kennen: Wir sind ein Verein, der sich schon seit über 40 Jahren für die Rechte von Sexarbeitenden in Berlin einsetzt und schon seit vielen Jahrzehnten eine senatsgeförderte Beratungsstelle und auch einen niedrigschwelligen Treffpunkt unterhält. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten schon zahlreiche Gremien und gesetzliche Veränderungen auf Bundesebene, auch Veränderungen im Land mitverfolgt und können, glaube ich, sagen, dass der Runde Tisch Sexarbeit auf jeden Fall ein sehr gutes Beispiel war. In der Einführung wurde schon gesagt, dass viele Akteurinnen und Akteure dort zu Wort kamen und es einen guten Austausch zwischen verschiedenen Verwaltungen, Verbänden und Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern selbst gab. Ich denke, dass das Handlungskonzept, das erarbeitet, gemeinsam verabschiedet und Anfang des Jahres dann auch im Senat verabschiedet wurde, eine sehr gute Grundlage ist, um das gesteckte Ziel zu erreichen, nämlich die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeitenden im Land Berlin zu verbessern.

Jetzt kommt allerdings das Aber: Die Grundlage ist sicherlich da, aber an der Umsetzung hapert es natürlich noch. Ich denke, auch die Covid-19-Pandemie, die ziemlich direkt nach der Verabschiedung des Handlungskonzeptes nicht nur das Land Berlin, sondern letztlich die ganze Welt betraf, hat dafür gesorgt, dass der Austausch geringer wurde. Einzelne Maßnahmen wurden natürlich schon in 2020 und 2021 umgesetzt, aus meiner Sicht aber noch nicht ausreichend. Was auch mit der Covid-Pandemie einherging, ist eine starke Arbeitsbelastung der Senatsverwaltung, die für den Bereich zuständig ist, und, so mein Eindruck, ein bisschen eine Verschiebung des Fokus auf andere Themen – verständlicherweise. Jetzt wäre es aber vielleicht gut, den Fokus wieder zurückzudrehen und die Umsetzung der Maßnahmen weiter voranzutreiben.

Es gibt einige Projekte, die auch bei uns durch die Senatsverwaltung gefördert werden. Wir erleben aber einen extrem hohen Verwaltungsaufwand, was einer der Punkte ist, der die Umsetzung der Maßnahmen extrem verlangsamt und erschwert. Es gibt ein Projekt, das schon Anfang 2021 wieder eingestellt wurde – nicht von uns, sondern von einem anderen Träger –, einfach weil der Verwaltungsaufwand zu hoch war. Auch wenn ich die Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsabteilung der Senatsverwaltung sehr, sehr schätze, auf fachlicher Ebene den Austausch sehr gut finde und mich auch freue, dass auf der Fachebene jetzt wieder Gre-

mien anlaufen, ist die Zusammenarbeit mit der Zuwendungsabteilung leider nicht ganz so reibungslos. Dieser extreme Verwaltungsoverhead führt dazu, dass viele der Projekte, die zum Beispiel im Handlungskonzept beschrieben sind, oder viele der Ideen und Ansätze, die umgesetzt werden sollen, nicht umgesetzt werden können. Das ist etwas, wo ich mir wirklich eine Verbesserung wünsche, wo ich hoffe, dass vielleicht auch von politischer Seite, vor allem wenn es um die Haushaltsplanaufstellung für 2024/2025 geht, noch mal geschaut werden könnte, was anders gemacht werden könnte, um das zu verringern und den Arbeitsaufwand, auch aufseiten der Verwaltung, zu verringern, denn: Natürlich ist es auch dort ein strukturelles Problem. Das sehe ich durchaus auch, dass es viel zu wenig qualifiziertes Personal gibt und dass mit jedem einzelnen Sondertopf, über den wir uns natürlich sehr freuen und der dringend notwendig ist, um diese Maßnahmen umzusetzen, ein extremer Verwaltungsaufwand einhergeht. Das ist auf längere Sicht einfach nicht tragbar, vor allem für kleine Träger wie uns. Das ist etwas, was ich in dieser Runde gerne zentral in den Raum stellen möchte, dass wir da dringend eine Verbesserung brauchen.

Damit zusammenhängend ist auch eine angemessene Bezahlung aller Mitarbeiterinnen in den Projekten. Daran wird sicherlich meine Kollegin Frau Schmidt-Bink, die gleich noch spricht, anschließen. Es ist einfach extrem schwierig, qualifiziertes Personal zu finden, insbesondere bei uns. Wir arbeiten mit einem Peeransatz, das heißt, neben der Sozialarbeit haben wir auch einen Communityansatz, wo es darum geht, Sexarbeitende dadurch zu erreichen, dass andere Sexarbeitende, also Peers, zum Beispiel Outreach übernehmen oder an den Orten, wo Sexarbeit stattfindet, gemeinsam mit uns aufsuchende Arbeit leisten. Es ist ein permanentes Problem, dass die Kolleginnen und Kollegen nicht so gut bezahlt werden wie andere Kolleginnen. Das hat mit der Eingruppierung in den Tarifvertrag zu tun. Sicherlich ist Ihnen allen das Problem bekannt, aber das sind einfach so viele Verwaltungshürden, die uns daran hindern, unsere Arbeit effizient zu machen, dass ich mir wirklich wünsche, dass vielleicht auch die Kommunikation in Zukunft ein bisschen reibungsloser funktioniert.

Die Peerarbeit ist ein extrem wichtiger Ansatz, die im Handlungskonzept mehrfach erwähnt wird. Auch das muss stärker in den Fokus gelangen, das muss mehr umgesetzt werden. Wir haben zum Beispiel bereits ein Konzept geschrieben, das der Senatsverwaltung auch schon vorliegt, wo es um die Erreichbarkeit von asiatischen Communities, vor allem um vietnamesische und Thai-Personen in der Sexarbeit in Berlin geht, weil das eine Zielgruppe ist, die wir noch nicht so gut erreichen, von der wir aber wissen, dass es in Berlin eine große Zielgruppe in der Sexarbeit ist. Viele Personen sind über unsichere Migrationswege nach Deutschland gekommen und arbeiten eventuell auch illegalisiert – was einerseits natürlich bedeutet, dass es große Vorbehalte gibt gegenüber Behörden und Kontakten zu offiziellen Stellen, wozu wir natürlich auch mitunter gezählt werden; dort das Vertrauen aufzubauen, ist schwierig, was aber auch immer illegalisiertes Arbeiten bedeutet, und das, das haben wir auch in der Covid-Pandemie gesehen, führt immer zu einem erhöhten Risiko von Ausbeutung, von Gewalt. Das sind die Punkte, auf die wir achten müssen, wenn wir das Handlungskonzept umsetzen.

Es hat sich auch extrem viel verändert, auch durch die Covid-Pandemie. Schon durch das Prostituiertenschutzgesetz hat sich in der Sexarbeitslandschaft extrem viel verändert, nicht nur, aber auch in Berlin. Hier ein gemeinsames Update zu machen und wieder in diesen guten Austausch zu gehen, den wir mit dem Runden Tisch hatten, um zu schauen: Was ist jetzt anders? Worauf müssen wir jetzt vielleicht den Fokus legen? Was müssen wir priorisiert umsetzen? –, das sollte, denke ich, jetzt ganz vorne auf der Agenda stehen. Es sollte eigentlich ein

Koordinierungsgremium geben, erinnere ich, das die Umsetzung der Maßnahmen begleitet, auch mit den Verwaltungen, Trägern, Projekten und Verbänden usw. Das muss stattfinden, und zwar regelmäßig, denn nur so können wir sicherstellen, dass wir überhaupt noch auf die Bedarfe hinarbeiten und nicht daran vorbei. – Ich würde hier erst einmal einen Punkt machen – meine fünf Minuten sind, glaube ich, nahezu vorbei – und an meine Kollegin, Frau Schmidt-Bink, übergeben. Ich freue mich auf Ihre Fragen und danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank! – Vielen Dank auch an die Kollegin für die kurze Vertretung hier vorne! – Dann würde ich an Frau Schmidt-Bink, Leiterin des Frauentreffs Olga, übergeben. Auch für Sie: ungefähr fünf, sechs Minuten – vielen Dank!

Lonneke Schmidt-Bink (Frauentreff Olga; Leitung): Danke schön! – Guten Morgen! Auch ich möchte mich für die Einladung bedanken. Ich kann mich den Worten von Frau Stöckigt über das sehr wichtige und gelungene Gremium nur anschließen. Ich werde mich allerdings auf die Umsetzung der Maßnahmen beziehen, die ganz konkret den Straßenstrich betreffen, denn der Frauentreff Olga – für die, die es nicht wissen – ist eine Kontakt- und Beratungsstelle am Straßenstrich in der Kurfürstenstraße. Wir unterstützen und beraten Sexarbeiterinnen, Straßensexarbeiterinnen ganz konkret, aber auch Opfer von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung. Viele unserer Klientinnen sind auch suchtmittelabhängig, viele sind psychisch erkrankt, und viele sind obdachlos.

Ich fange mal mit einem heiklen Thema an – die Toiletten. Leider war es baulich nicht möglich, die City-Toiletten im Kiez zu realisieren. Der Kompromiss, gleichzeitig gedacht auch als Kompromisslösung für das Problem der Verrichtungsorte, sind die Ökotoiletten gewesen. Trotz häufiger Reinigung ist der Zustand der Toiletten oft mangelhaft. Die Toiletten werden laut Betreiber 300 Mal am Tag benutzt, für Toilettengänge, aber eben auch als Ort des Suchtmittelkonsums und als Ort der Verrichtung. Das ist natürlich unschön, aber es zeigt uns ganz klar, was im Kiez noch gebraucht wird. Es braucht einen besseren Zugang zu Toiletten, entweder öffentliche oder auch in sozialen Einrichtungen, es braucht einen Konsumraum für suchtmittelerkrankte Menschen, und natürlich braucht es sichere Verrichtungsorte für die Sexarbeiterinnen, die es im Kiez leider weiterhin kaum gibt und wovon es aufgrund der Veränderungen im Kiez zukünftig wahrscheinlich noch weniger geben wird.

Was es leider im Kiez auch noch nicht dauerhaft gibt, das sind Unterbringungsmöglichkeiten für obdachlose Sexarbeiterinnen. Durch die Hitze- und jetzt auch wieder die Kältehilfeangebote werden zeitweise Möglichkeiten geschaffen, unsere Erfahrung ist aber, dass sie von unseren Klientinnen leider – einerseits aufgrund der Tatsache, dass die Einrichtung gemischt ist, andererseits weil die Öffnungszeiten eher begrenzt sind – nicht sehr rege genutzt werden. So bleiben viele Frauen dann doch auf der Strecke. Was es im Kiez daher braucht, ist eigentlich eine dauerhafte Unterkunft für diese Frauen, mit flexiblen Öffnungszeiten, sodass Sexarbeiterinnen auch abends und nachts der Arbeit nachgehen können, und mit weiterführenden Hilfen, weil so viele Frauen komplexe Problemlagen vorweisen und lediglich eine Unterkunft einfach nicht reicht.

Für obdachlose Transfrauen ist die Situation noch mal schwieriger. In vielen Angeboten der Kältehilfe und in Notunterkünften generell fühlen sie sich nicht sicher, wenn sie denn überhaupt einen Platz bekommen können, und nicht selten bekommen Transfrauen einen Platz in

einem Männerzimmer angeboten und müssen sich bei Aufnahmegesprächen diskriminierenden Fragen unterziehen. Viele Transfrauen versuchen daher gar nicht mehr, in der Obdachlosenhilfe unterzukommen. Auch hier braucht es ein Konzept, aus meiner Sicht ein Konzept nach ASOG, ein Konzept der Notunterkünfte und auch eines in der Kältehilfe.

Wir beobachten seit gut einem Jahr Veränderungen im Suchtkonsummuster unserer Klientinnen. Crystal – oder Methamphetamine – ist bei uns im Kiez gerade das Suchtmittel der Wahl. Damit einher geht eine Verelendung der Klientel. Frauen, die Crystal konsumieren, bauen oft physisch und psychisch sehr schnell ab. Drogeninduzierte Psychosen, Aggressionen und Gewalt sind häufige Vorkommnisse, sowohl auf der Straße als auch leider im Frauentreff Olga. Wenn Sie dabei bedenken, dass die meisten der osteuropäischen Frauen nicht krankenversichert sind, dann verstehen Sie, dass auch hier Handlungsbedarf besteht. Der Zugang zum Gesundheitssystem über die Clearingstelle klappt nur bedingt, und zwar nur dann, wenn die Frauen in der Lage sind, Termine einzuhalten, viele Termine einzuhalten und Wartezeiten auszuhalten. Für Frauen mit komorbiden Störungen greift diese Unterstützung daher leider meist nicht.

Das Nachbarschaftsprojekt des Frauentreffs Olga, das 2017 ins Leben gerufen wurde, um die Beziehungen zwischen den Frauen auf der Straße und der Nachbarschaft zu verbessern, wurde ab 2021 leider nicht weitergeführt. Aus unserer Sicht bräuhete es eine Weiterführung dieses Projektes, allerdings eher mit Fokus auf Sozialraumorientierung und Gemeinwesen statt auf soziale Arbeit.

Jetzt kommen wir aber zum Positiven! Das Reinigungsprojekt Fegeflotte vom Notdienst wurde als Handlungsempfehlung im Kiez umgesetzt und hat tatsächlich zu einem saubereren Kiez geführt. Auch hier kann man eine Weiterführung nur empfehlen, auch in Hinsicht auf Beschwerden aus der Nachbarschaft usw. Der Frauentreff Olga konnte mit Mitteln des Runden Tisches die Öffnungszeiten des Kontaktladens um zwei Tage erweitern. Zudem wurde durch Mittel des Runden Tisches täglich abends Streetwork gewährleistet. Die nun täglich stattfindende Streetwork durch Sozialarbeiterinnen und muttersprachliche Sozialarbeiterinnen gewährleistet tatsächlich eine bessere Erreichbarkeit der sozialen Arbeit für die Frauen auf der Straße und sorgt ferner für eine sichtbare Präsenz der sozialen Arbeit in der Nachbarschaft. Dass der Bedarf an Grundversorgung, Schutzraum und muttersprachliche Beratung da ist, zeigt sich für uns an den steigenden Besucherinnenzahlen. Besuchten in 2019 im Durchschnitt täglich 37 Frauen den Kontaktladen, waren es in 2021 51, und in diesem Jahr waren es bis dato schon 53 Frauen täglich. Weiterhin sind etwa 80 Prozent unserer Besucherinnen südosteuropäischer Herkunft, daher sind unsere muttersprachlichen Kolleginnen wirklich unabdingbar für das Gelingen unserer Arbeit. Das Angebot am Samstag – einer der Tage, die durch die Erweiterung ermöglicht wurden – wird genauso gut angenommen wie das Angebot unter der Woche. Insgesamt können wir also von einem Angebot sprechen, das sehr gut angenommen wird und aus unserer Sicht natürlich weitergeführt werden sollte.

Das bringt mich zu den Herausforderungen. Ich habe schon über die Veränderungen im Konsummuster und bei den Bedarfen unserer Klientinnen gesprochen. Darüber hinaus gibt es natürlich auch noch die Veränderungen im Kiez und die durch die baulichen Veränderungen usw. einhergehende Verdrängung. Ein Beispiel: Unser Mietvertrag läuft Mitte 2023 ab, und in den Verhandlungen mit dem Vermieter, über die wir übrigens vorsichtig positiv sein können, kam das Thema Müll, aber auch obdachlose Menschen auf, die sich vor dem „Olga“ aufhal-

ten. Wir müssen nun, um eine Verlängerung unseres Mietvertrages zu erlangen, ein Konzept vorlegen, wie wir damit umgehen werden. Das ist für uns natürlich eine schwierige Sache; wir möchten nicht zur Verdrängung beitragen.

Die Situation der Sexarbeiterinnen im Kurfürstenkiez hat sich in den paar Jahren nach Abschluss des Gremiums so stark verändert, dass man, wenn man das Gremiums jetzt führen würde, weitere und andere Empfehlungen aussprechen würde. Anschließend möchte ich also dafür plädieren, wie Frau Stöckigt auch, dass der Runde Tisch weitergeführt wird – oder ein ähnliches Begleitgremien –, damit wir weiter auf die Bedarfe der Frauen im Kurfürstenkiez schauen können. – Ich danke Ihnen!

Vorsitzender Christian Gräff: Ganz herzlichen Dank! – Dann würde ich zunächst die Senatorin fragen, ob sie Stellung nehmen möchten. Dann haben Sie das Wort, bitte schön!

Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG): Vielen Dank! – Vielen Dank auch für die Einlassungen der Anzuhörenden, die für uns natürlich immer sehr hilfreich sind, weil wir dann schauen können, wo wir eventuell noch mal unsere Zusammenarbeit verbessern können. – Grundsätzlich möchte ich ein paar Dinge sagen. Es ist klar, dass wir nach den Zeiten der Pandemie, wo es während des Lockdowns auch zu extremen Belastungen gerade der Sexarbeiter/-innen kam, in der Situation sind, dass vieles in diesem Jahr wieder angelaufen ist und auch weiterhin natürlich so weiterbetrieben und nochmals verstärkt werden muss. Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Sexarbeitenden ist und bleibt ein wichtiges Anliegen gerade auch meines Hauses, was die Gleichstellungsaspekte, den Einsatz für die Sexarbeitenden und das Handlungskonzept des Runden Tisches Sexarbeit angeht. Es ist, finde ich, schon noch einmal hervorzuheben, dass es gelungen ist, bereits im März das Handlungskonzept vom Senat verabschieden zu lassen – am 15. März. Das bildet die Grundlage für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen im Land Berlin.

Außerdem ist es sehr erfreulich, dass wir im jetzt laufenden Doppelhaushalt tatsächlich ausreichend Mittel zur Verfügung haben; hier hat noch eine Aufstockung stattgefunden. Besonders erfreulich ist in dem Zusammenhang die Aufstockung – das wurde eben schon erwähnt – der Mittel für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg. An dieser Stelle geht mein herzlicher Dank an alle, die das möglich gemacht haben, die dieses Thema immer wieder, auch hier im Ausschuss, auf die Agenda setzen und es dann in den Haushaltsberatungen so durchkämpfen.

Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen in die Praxis ist eine wichtige gleichstellungs-, aber auch eine gesundheitspolitische Herausforderung. Und ja, wir haben hier auch noch viel zu tun. Ein großes Thema für uns und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist, dass wir weiterhin gegen die Stigmatisierung arbeiten, denn Stigmatisierung kann den Zugang zu Angeboten der Regeldienste auch im Gesundheitsbereich und die Inanspruchnahme von Rechten erschweren und sogar verhindern. Es bleibt eine Daueraufgabe, dagegen anzuarbeiten. Deshalb spielen auch für uns die Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit im Handlungskonzept gerade in dem Bereich eine ganz große Rolle.

Viele Sexarbeitende arbeiten und leben unter prekären Bedingungen. Deshalb setzt das Handlungskonzept einen weiteren Schwerpunkt auf eine Verstärkung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Sexarbeitende. Wir müssen uns aber auch die strukturellen Bedingungen genau ansehen und diese verbessern. Ich glaube, es ist schon klar geworden: Das geht

nur, wenn wir gemeinsam arbeiten und auch gemeinsam immer noch mal nachjustieren, wo wir noch mal verstärken und unsere Zusammenarbeit neu ordnen müssen. Ich habe sehr aufmerksam zugehört, und ich weiß auch, dass es bei uns im Haus schon immer mal ankam, dass die verwaltungsmäßige Abwicklung der Zuwendungen problematisch ist. Wir wissen, das ist zum Teil gewachsene Praxis, weil unterschiedliche Stellen dafür zuständig sind. Wir schauen uns gerne noch einmal an, ob wir hier eine Zusammenführung und auch eine Vereinfachung hinbekommen, die das Abrufen der Mittel und die Kommunikation noch einmal etwas vereinfachen. Aber, wie gesagt, das liegt auch ein bisschen an der Organisation, wie wir sie vorgefunden haben und wie sie einfach auch gewachsen ist.

Es wurde das Koordinierungsgremium erwähnt. Meines Wissens arbeitet das wieder – mit Mitgliedern des Runden Tisches Sexarbeit sowie externen Expertinnen und Experten. Im Mai haben wir auf Ebene der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre aller beteiligten Senatsverwaltungen auch ein Lenkungsgremium eingerichtet, welches die Umsetzung der Empfehlungen sowie fortlaufende Bedarfe begleitet. Hier ist, sehen Sie, einiges auf den Weg gebracht worden. – Zu einzelnen Maßnahmen möchte ich im Moment nichts sagen. Vielleicht möchte sich die Staatssekretärin an späterer Stelle noch einschalten, weil sie in dem Lenkungsgremium direkt damit befasst ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Gräff: Danke sehr! – Ich frage die Vertreter der beiden anderen zugeschalteten Senatsverwaltungen, ob sie sich kurz zu Wort melden möchten. – Dann erst einmal Herr Grüning, bitte schön!

Kristian Grüning (SenInnDS) [zugeschaltet]: Schönen guten Tag! Mein Name ist Kristian Grüning, ich spreche hier für die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung III. Bei uns liegt die kriminalpolizeiliche Fachaufsicht; das muss ich jetzt nicht weiter ausführen. Wir haben mit den verschiedensten Themen und Begleitphänomenen natürlich sehr viele Berührungen, beruflicherseits, bei der Polizei. Ich möchte mich auf drei Punkte konzentrieren, auf die ich kurz eingehen werde, die die Handlungsempfehlungen und die Frage betreffen, wie sich die Polizei in der Zwischenzeit dazu aufgestellt hat.

Es geht zum einen um den Punkt 2.1.4 – Weiterbildung im Umgang mit Sexarbeitenden. Dazu möchte ich kurz in Erinnerung rufen, dass wir bei der Polizei seit 1998, also schon fast ein Vierteljahrhundert, zweitägige Fortbildungsveranstaltungen zwischen dem LKA und verschiedenen Nichtregierungsorganisationen stattfinden lassen. Die hatten das Thema Menschenhandel/sexuelle Ausbeutung. Zur Wahrheit gehört auch, dass diese Fortbildungen pandemiebedingt und auch durch die Umstrukturierung bei uns in der Polizei und die Schaffung der Polizeiakademie zwischenzeitlich ausgesetzt waren. Das Erfreuliche ist, dass sie jetzt überarbeitet sind und auch noch dieses Jahr wieder stattfinden werden mit einem, wie ich finde, sehr vernünftigen und nachvollziehbaren Schwerpunkt, mit einer neuen Themenschwerpunktsetzung, die da lautet: Selbstreflektion über Wahrnehmungsmuster. Das heißt, in Zukunft wird dieses Seminar unter dem Titel „Menschenhandel, schwerwiegende Menschenrechtsverletzung – sensibilisieren, erkennen und verfolgen“ stattfinden. Ich finde, das ist, wenn ich Bezug nehme auf die Ausführungen der beiden Vorrednerinnen, die angehört wurden, eine ganz sinnvolle Erweiterung des Fokus bei Sicherheitsbehörden.

Dann, das ist natürlich auch unserem gesetzlichen Auftrag geschuldet, haben wir im Zusammenhang mit dem Thema Sexarbeit auch den Fokus auf Menschenhandel. Deshalb ist es bei uns sehr wichtig, dass wir eine nationale und internationale Zusammenarbeit pflegen. Für uns auf polizeilicher Ebene ist das Bundeskriminalamt da natürlich führend. Wir nehmen an allen Fachlehrgängen teil, die dort jährlich durchgeführt werden, seitens des LKA vor allen Dingen das LKA 4, also der Bereich Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Ein Schwerpunkt bei den Fachlehrgängen ist das Thema Menschenhandel und Schleusung. Darüber hinaus haben wir mit den verschiedenen Stiftungen und NGOs, auch im Rahmen des RE-JUST-Projekts, die Möglichkeit des interdisziplinären Austausches und der Netzwerkarbeit. Aktuell wird im LKA 42, also dem Dezernat der OK-Abteilung bei uns im LKA, eine Konzeption erstellt für zukünftige Inhouseveranstaltungen auf den Polizeiabschnitten, die besonders betroffen sind. Das Thema dort wird auch Menschenhandel und Umgang mit den Geschädigten sein, also eine ganz starke Fokussierung auch noch mal auf die Polizeidienstkräfte, die draußen sind auf der Straße, damit sie für dieses Thema noch weiter sensibilisiert werden.

Der nächste Punkt, zu dem ich noch kurz etwas sagen möchte, ist Punkt 2.5.2 – Transparenz und Rechtssicherheit bei Behördenhandeln und Kontrollen. Da muss ich, glaube ich, nicht erklären, dass wir uns von diesem Punkt der Handlungsempfehlungen besonders angesprochen fühlen und da auch unsere Zuständigkeit erkennen. Dazu kann ich Ihnen kurz ausführen: Wir haben mittlerweile die verschiedenen Flyer und Erreichbarkeiten der NGOs in 18 Sprachen vorliegen. Die werden zusammen mit den Visitenkarten auch des Personals vom LKA 42 gezielt ausgehändigt. Wir machen auch noch entsprechende Gesprächsangebote, gegebenenfalls auch unter Hinzuziehung eines Dolmetschers. – Ansonsten, kurz ein Einschub, falls Sie im Hintergrund Geräusche hören: Die Kita hat momentan geschlossen und öffnet erst um 10.30 Uhr, also das ist meine kleine Tochter.

Der letzte Punkt, zu dem ich etwas sagen möchte, ist 2.8.2. – Austausch und Kooperation stärken und ausbauen. Die Polizei Berlin hat diverse Kooperationsvereinbarungen mit NGOs. Unter anderem arbeitet sie auch eng mit „Ban Ying“ zusammen, mit „Ona“, mit „Hydra“ und auch mit „SOLWODI“. Diese Vereinbarungen bestehen teilweise seit 2008, werden jetzt aber vor dem Hintergrund der erweiterten Straftatbestände des Menschenhandels noch mal novelliert und entsprechend erweitert. Ganz konkret ist dabei einer von verschiedenen Fokussen auch der Bereich Betreuung und Zusammenarbeit im Hinblick auf männliche Opfer. Ansonsten, und das ist im Hinblick auf Tempelhof-Schöneberg und den Straßenstrich relevant zu erwähnen, haben wir eine sehr enge Kooperation und regelmäßige Treffen der betroffenen Polizeiabschnitte, der LKA-Fachdienststelle und der Hilfsorganisationen vor Ort und besprechen ganz konkrete Handlungskonzepte, immer natürlich aus dem Fokus, den wir als Sicherheitsbehörde darauf haben. – Damit möchte ich meine Ausführungen beenden.

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank! – Es folgt Herr Dr. Meinen, Abteilungsleiter II bei der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung!

Dr. Gero Meinen (SenJustVA) [zugeschaltet]: Danke schön! – Ich kann es relativ kurz machen. Ich war seinerzeit beim Runden Tisch für die Justizverwaltung anwesend und kann nur unterstreichen, was die Senatorin und andere Teilnehmer heute gesagt haben, dass es sehr vernünftig und gut gewesen ist – und weiterhin sein wird –, die unterschiedlichen Perspektiven auf diese Thematik zusammenzufassen und so letzten Endes zu diesen Handlungsempfehlungen gekommen zu sein. Ich glaube, dass das insgesamt zu einer großen Sensibilisierung in der Verwaltung geführt hat, auch in meiner Verwaltung, soweit es die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden betrifft. Dort ist, glaube ich, ein besseres Verständnis für die Gesamtsituation entstanden, und das wollte ich hier nur noch mal unterstreichen. Sonst ist die Justizverwaltung von diesen Themen naturgemäß recht weit entfernt. – Danke schön!

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank! – Dann kommen wir zur Rede- und Frageliste.

Eren Ünsal (SenJustVA; Leiterin LADS) [zugeschaltet]: Ich hatte mich auch noch gemeldet.

Vorsitzender Christian Gräff: Gerne, wenn Sie noch einen Hinweis haben; vielleicht ein bisschen zusammengefasst und gestrafft, das wäre sehr schön. Vielen Dank!

Eren Ünsal (SenJustVA; Leiterin LADS) [zugeschaltet]: Ich versuche, es sehr gestrafft zu halten. Erst mal ganz herzlichen Dank für die Einladung und die wichtigen Informationen und Hinweise, die wir bekommen haben! Staatssekretärin Gomis ist in Brüssel und kann deswegen nicht persönlich anwesend sein.

Wir haben es sehr oft gehört: Sexarbeitende gehören zu einer besonders diskriminierten Gruppe. Nicht nur aus diesem Grund, aber besonders aus diesem Grund ist auch für uns der Ausbau der Antidiskriminierungsarbeit im Zusammenhang mit Sexarbeitenden besonders wichtig. Es besteht aus unserer Sicht ein unmittelbarer Zusammenhang zur Diskriminierungsdimension sozialer Status. Die LADS setzt eine Vielzahl von Maßnahmen in dem Zusammenhang um. Die will ich jetzt hier nicht im Einzelnen ausführen, gerade auch, weil ich um einen kurzen Wortbeitrag gebeten wurde. Ich denke aber, eine ganz wichtige Maßnahme in dem Zusammenhang ist das Landesantidiskriminierungsgesetz bzw. auch die Ombudsstelle,

an die sich Sexarbeitende wenden können, sofern sie durch eine öffentliche Stelle diskriminiert worden sind. Uns ist es auch ein ganz wichtiges Anliegen, die Ombudsstelle im Kreis der Sexarbeitenden bekannter zu machen. In dem Zusammenhang sind wir in sehr gutem Gespräch mit Akteurinnen und Akteuren der Sexarbeit, aber auch mit der Abteilung Frauen und Gleichstellung. Ganz kurz dazu einfach das Signal, dass das Thema auch für die LADS ein ganz wichtiges ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Gräff: Wunderbar! Vielen Dank! – Dann würde ich gerne in die Runde der Redner eintreten, und Frau Auricht hat sich zuerst gemeldet. – Bitte schön!

Jeannette Auricht (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Schönen guten Morgen in die Runde! Ich habe ein kleines Potpourri von Fragen. Als Erstes würde mich interessieren, wie sich die Zwangsprostitution und der Menschenhandel aktuell entwickelt haben. Wir haben schon gehört, dass gerade auch die Community im asiatischen Bereich sehr schwer erreichbar ist. Welche Maßnahmen leiten sich ab, um diese Menschen besser zu erreichen? Gab es beim Runden Tisch schon Maßnahmen, die geplant und umgesetzt worden sind? Wie weit ist der Umsetzungsstand dort?

Zur Kurfürstenstraße hatte ich eigentlich die Frage vorbereitet, wie sich die Gespräche mit der Nachbarschaft entwickelt haben und ob man die Nachbarschaft, die Anwohner, mehr einbezogen hat. Jetzt haben Sie schon gesagt, die Gespräche wurden eigentlich komplett eingestellt, was natürlich sehr schade ist. Ich hoffe, dass man in Zukunft, wenn man den Runden Tisch dann doch fortsetzt – das wäre wünschenswert –, die Anwohner wieder in die Gespräche einbezieht.

Dann würde mich interessieren: Wie weit ist eigentlich der Umsetzungsstand der Registrierung von Sexarbeitern? Die letzte Zahl, die ich im Kopf habe, war von 2020. Da waren es ungefähr 2 000. Geschätzt sind es aber ungefähr 8 000 Prostituierte in der Stadt. Wie ist der Umsetzungsstand? Wie ist die Registrierungszahl inzwischen? Wir sind jetzt in 2022. Wie denkt der Senat, dass man vielleicht noch mehr Prostituierte, Sexarbeiter registrieren, überreden könnte, das zu machen, denn es gilt auch, sie zu schützen?

Die letzten Jahre der Pandemie haben sicherlich auch große finanzielle Lücken dort verursacht. Wurden die Sexarbeiter finanziell unterstützt? Gab es quantitativ oder administrativ Unterstützungen? Wie wurden die in Anspruch genommen? Welche Hilfen gab es?

Zum Bereich Streetwork: Sie haben gesagt, es gibt viel Drogenkonsum. Wird da auch eine Drogenberatung angeboten? Wird das verstärkt angeboten? Das würde mich noch interessieren.

An die Anzuhörenden die Frage: Was würden Sie sich wünschen? Wir haben schon von Frau Stöckigt gehört: weniger Bürokratie, weniger Verwaltungsaufwand. Das wünschen wir uns in vielen Bereichen. Gibt es noch andere Dinge, die Sie sich von der Politik wünschen, wo wir mehr für Sie tun könnten, um Ihre Arbeit zu erleichtern? – Das wäre es erst einmal ganz grob. Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank! – Herr Kollege Schulze, bitte!

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Danke schön an die Anzuhörenden! Ich vertrete heute die Kollegin Ines Schmidt, die krankheitsbedingt leider nicht dabei sein kann. Ich fand die Ausführungen sehr interessant und würde noch ein paar Fragen anschließen. An Frau Stöckigt die Frage: Sie haben beschrieben, dass es neue Herausforderungen gibt, und Sie bieten auch seit der Pandemie Onlineberatungen an. Vielleicht können Sie noch mal sagen, wie Sie die Zukunft dieser Beratungs- und Unterstützungstätigkeit sehen, ob das Thema Online, das Thema Digitalisierung da eine größere Rolle spielt und wie Sie sich darauf einstellen.

Die zweite Frage an Frau Stöckigt wäre nach Crystal Meth. Sie hatten gesagt, und Frau Schmidt-Bink hat es auch gesagt, dass es eine Veränderung des Drogenkonsums gibt. Vielleicht können Sie noch mal etwas dazu sagen, wie Sie das feststellen, woran Sie das festmachen und welche Herausforderungen es aus Ihrer Sicht für eine Veränderung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten im Hinblick darauf gibt.

An Frau Schmidt-Bink hätte ich dazu noch die Frage: Sie haben davon gesprochen, dass die Toilettensituation schwierig ist, dass da neue Angebote möglicherweise kommen müssten, und Sie haben das Thema Konsumraum angesprochen. Gibt es zum Thema Konsumraum schon ein Gespräch mit dem Senat, ob da bei Ihnen etwas passieren soll? Wenn nicht, müssten wir das noch mal an die hier anwesenden Verwaltungen weiterleiten.

An die Gesundheitsverwaltung hätten wir die Frage: Wurden Maßnahmen getroffen, dass Sexarbeitende besser erreicht werden können, also bezüglich gesundheitlicher Prävention und Versorgung, dass möglicherweise neue Formate, neue Medien, neue Kommunikationsformate entwickelt und eingeführt worden sind? Die Frage des Modellprojektes Roter Stöckelschuh würde ich noch nachreichen. Das heißt ja, bestimmte Gynäkologen bieten in ihren Sprechzeiten speziell Beratungen und Untersuchungen für Sexarbeitende an. Ist da möglicherweise eine Ausweitung angedacht in Richtung Fachärztinnen und Fachärzten oder Psychotherapeutinnen und -therapeuten und auch Krankenhäusern?

Natürlich müssen wir zum Schluss die Frage diskutieren: Wie geht es mit dem Runden Tisch weiter? Bleibt das Lenkungsgremium, oder wird es ausgeweitet auf doch wieder in Richtung eines Runden Tisches? Wie sieht die Senatsverwaltung WPGG an dieser Stelle die Querschnittsabstimmung zwischen den verschiedenen beteiligten Häusern?

An die Verwaltung JustVA hätten wir die Frage, ob es schon Meldungen bei der Antidiskriminierungsstelle bezüglich des sozialen Status gab. Haben sich Sexarbeitende gemeldet, die wegen ihrer Tätigkeit diskriminiert worden sind, und welche Fälle waren das in etwa? Eine zweite Frage: Gab es Sexarbeitende, die sich wegen der Nichtzahlung des Honorars bei Ihnen gemeldet haben und möglicherweise einen rechtlichen Weg einschlagen wollten? Wie gehen Sie mit solchen Fällen um, wenn es sie gab?

Zwei Fragen an die Senatsverwaltung für Inneres: Gibt es Austauschtreffen zwischen den Sexarbeitenden und den Opferschutzbeauftragten bei den Polizeidirektionen? Was halten Sie von der Idee, dass in relevanten Behörden, zum Beispiel bei der Polizei, bei Ordnungsbehörden, Ausländerbehörden, Mitarbeitende konkret benannt werden, die als Kontaktstelle für Sexarbeitende dienen, also dass Sie in jeder Direktion oder in den entsprechenden Bereichen konkrete Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benennen, die dann auch bei den Trä-

gern, bei den Beratungseinrichtungen bekannt sind, und dort die direkten Ansprechstellen sind? – Danke schön!

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank! – Frau Dr. Jasper-Winter, bitte!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine erste Frage geht an Frau Stöckigt und auch an die Senatsverwaltung zum Thema Zuwendungen und Bürokratie. Das Thema begegnet uns immer wieder, dass ganz wertvolle Projekte und Initiativen in der Stadt, gerade auch, wenn es um die Unterstützung von Frauen in schwierigen Situationen geht, mit dieser Bürokratie und dem Zuwendungsrecht und auch der Kurzfristigkeit Probleme haben – also langfristig warten auf den Zuwendungsbescheid, der Erteilungszeitraum ist dann aber doch eher kurzfristig –, und dass das alles dazu führt, dass es für sie immer schwieriger wird. Können Sie uns noch mal konkret Ihre Wünsche dazu mitteilen? – Frau Senatorin hat gerade etwas allgemein gesagt, man müsse mal gucken, dass man das organisatorisch verbessert. Eigentlich aber müsste man doch vielleicht noch mal an das Haushaltsrecht ran, um das zu verändern. Gibt es da Bemühungen Ihrerseits? –, weil es gerade aus Ihrem Bereich viele wertvolle Projekte gibt, die darunter leiden und eventuell deshalb auf der Kippe stehen.

An Frau Schmidt-Bink die Frage konkret zur Kurfürstenstraße: Sie sagen, auch durch den veränderten Drogenkonsum müsste man jetzt eigentlich andere Empfehlungen – nicht nur deshalb, aber auch deshalb – aussprechen. Welche sind das genau? Haben Sie konkrete Vorstellungen, wo man noch mehr Orte schaffen kann? Wenn Sie sagen, die Toiletten werden 300 Mal pro Tag – habe ich Sie richtig verstanden? – genutzt, es gibt keinen Konsumraum und eigentlich keine Verrichtungsorte außerhalb dieser Toiletten: Haben Sie konkrete Vorschläge? Das betrifft natürlich auch die Bezirke Tempelhof-Schöneberg und Mitte. Was würden Sie sich da konkret wünschen? Und wenn man versucht, die Frauen noch stärker für die Gesundheitsversorgung und Registrierung anzusprechen, haben Sie im Nebensatz gesagt: Na ja, das übersteigt zum Teil die Kapazitäten der Frauen, auch aufgrund der veränderten Situation. Was ist denn Ihre Empfehlung an uns, an die Politik, um das zu verbessern und dieser Verelendung, die die Droge ja auch verursacht, irgendwo doch noch begegnen zu können?

Meine letzte Frage geht an Herrn Grüning von der Innenverwaltung: Regelmäßig taucht die Diskussion zur Kurfürstenstraße auf: Sollte man da den Straßenstrich nicht abschaffen? Dann kommen immer wieder die Forderungen. Ich habe es so verstanden, dass es besser ist, dass man diesen Ort hat, weil es für Sie als Innenverwaltung und aus Sicht der Polizei noch eine gewisse Übersichtlichkeit, auch über Straftaten im Hinblick auf Menschenhandel und weitere Straftaten, gibt. Ist dem noch so? Wie ist die Situation aus Ihrer Sicht? Sie haben ein bisschen was zu Fortbildungen und Seminaren und zur direkten Zusammenarbeit gesagt, aber: Hat sich die Situation aus Ihrer Sicht verschlimmert, oder wie ist der aktuelle Stand dort?

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank! – Frau Dr. Haghanipour, bitte schön!

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch an die Anzuhörenden und die Senatsverwaltungen herzlichen Dank für die Inputs! Ich entnehme den Erläuterungen, dass es einen Unterschied gibt zwischen Sexarbeit, Zwangsprostitution und Menschenhandel. Das wurde doch recht klar. Ich habe Fragen, die drei Bereiche betreffen. Wir haben gerade schon über den Verwaltungsaufwand gesprochen. Frau Stöckigt! Sie haben

ihn erwähnt. Haben Sie konkrete Vorschläge, wie man die Arbeit der Träger im Bereich Sexarbeit erleichtern könnte und gleichzeitig den Verwaltungserfordernissen gerecht wird?

Dann hat Frau Stöckigt auch die zunehmende Verlagerung von Sexarbeit in private und digitale Räume durch die Coronapandemie angesprochen. Wie schätzen Sie die zunehmende Verlagerung ein? Ist das ein dauerhafter Trend Ihrer Ansicht nach? Was würde die digitale Verlagerung aus Ihrer Perspektive für die Anforderungen an Projekte und Programme zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern bedeuten? Dazu auch die Frage: Welche Gruppen betrifft das vorwiegend? Bedeutet diese Verschiebung eine besondere Verschiebung in der Zusammenarbeit mit besonders vulnerablen Gruppen?

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Erreichbarkeit von Communities. Eine große Zielgruppe sind laut Frau Stöckigt die Thais und Menschen aus anderen asiatischen Communities. Eine weitere Zielgruppe seien Frauen aus Osteuropa, so Frau Schmidt-Bink, und aufgrund ihrer vulnerablen Situation würden sie zum Teil in die Illegalität getrieben. Wie können wir mit Ihrer Arbeit diese Communities noch besser erreichen? Ganz konkret: Kann hier auch der Peer-to-Peer-Ansatz gestärkt werden, und wenn ja, wie?

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank! – Herr Zander, bitte!

Christian Zander (CDU): Vielen Dank! – Sie hatten, Frau Schmidt-Bink, die Situation der Ökotoiletten angesprochen. Von Anfang an habe ich immer die Rückmeldung bekommen, auch aus der Anwohnerschaft, dass die Zustände dort unwürdig sind. Sie haben gesagt, was Sie sich stattdessen wünschen würden. Nun dauert das ja eine Weile. Glauben Sie, dass die Situation um diese Ökotoiletten noch irgendwie anderweitig zu verbessern wäre? Was muss man da tun? Oder sagen Sie: Im Prinzip geht es nicht besser, da ist schon das Ende der Fahnenstange erreicht? Das ist nun wirklich keine gute Situation.

Sie haben gesagt, die Beratung wird bei Ihnen verstärkt angenommen, es kommen immer mehr Klientinnen. Was sind denn die Hauptanliegen, weshalb Sie aufgesucht werden? Wie gehen Sie in diese Beratungsgespräche mit dem Ziel, den Frauen vielleicht eine andere Perspektive zu ermöglichen? Wie geht man da am besten vor? Sie haben gesagt, es gibt einen erheblichen Anteil von obdachlosen Sexarbeiterinnen. Unterscheidet sich die Situation oder die Problemlage, abgesehen von Obdachlosigkeit und der Abhängigkeit von Drogen, von der der anderen Sexarbeiterinnen vor Ort?

Früher, so ist meine Erkenntnis, gab es Probleme, die Frauen zu erreichen, weil sie nicht so lange vor Ort waren und dann wieder neue Frauen nachkamen. Wie hat sich das entwickelt und eventuell durch Corona verändert? Wie ist die Fluktuation? Wie viele Sexarbeiterinnen sind vor Ort am Kurfürstenkiez? Ist das im Vergleich zu früher wieder angestiegen, oder ist es gleich geblieben?

Weil Sie auch Konsumräume fordern und sagen, Crystal Meth ist die Hauptdroge, nehme ich an, dass es nicht die Konsumform Schlucken ist, sondern eher die anderen, wofür man diese Konsumräume bräuchte, die aber auch die gefährlicheren Formen sind wegen Vergiftungsmöglichkeiten oder Überdosierungen. Hier die Überleitung zu Herrn Grüning: Welche Erkenntnisse haben Sie in Sachen Drogenkriminalität dazu? – An Sie, Frau Schmidt-Bink, die Frage: Woher bekommen Sexarbeiterinnen ihre Drogen? Organisieren sie sich die selbst, oder

bekommen sie die von bestimmten Herren, für die sie arbeiten, damit sie in Abhängigkeit stehen?

Wie viele der Sexarbeiterinnen vor Ort arbeiten nicht freiwillig, gehen also eher der Zwangsprostitution nach? – Herr Grüning, Sie hatten gesagt, den Menschenhandel haben Sie im Blick. Welche Erkenntnisse genau haben Sie über den Menschenhandel in dem Bereich, und wenn Menschenhandel vorkommt: Aus welchen Regionen kommen die Frauen überwiegend? – Das wäre es. Herzlichen Dank!

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank! – Frau Kollegin Golm!

Mirjam Golm (SPD): Es ist schon viel gesagt. Ich habe eine ganz konkrete Frage zu dem Koordinierungsgremium. Sie haben gesagt, dass es ganz oft so ist, dass sich die Wirklichkeit verändert, dass Verdrängungen im Kiez stattfinden und dass gerade dieses Koordinierungsgremium da sein muss, um Maßnahmen zielgenau richten oder verändern zu können. Mich würde interessieren: Ist die Frequenz des Tagens des Koordinierungsgremiums genug getaktet, um darauf eingehen zu können? Meine zweite Frage zur Besetzung mit den Akteurinnen und Akteuren in diesem Koordinierungsgremium: Wäre es wünschenswert, noch jemand anderes hinzuzuziehen? Ist das ausreichend?

Dann habe ich eine Frage zum Zugang zum Gesundheitssystem. Es gab in den Handlungsempfehlungen ganz konkrete Maßnahmen, dass es niedrigschwellig erreichbar ist. Das war eigentlich alles schon klar. Mich würde interessieren, wo es konkret hakt, dass diese Angebote, die eigentlich da sein sollten, von den Frauen nicht genutzt werden können. Was kann man dafür tun? – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank! – Dann würde ich jetzt noch mal kurz die Anzuhörenden bitten, auf die doch sehr vielen Fragen – aber ich glaube, die waren sehr konkret – einzugehen; darüber würden wir uns sehr freuen. Dann machen wir gerne noch eine Runde mit den Senatsverwaltungen. Wollen wir dieses Mal vielleicht umgekehrt anfangen? Wir würden also Frau Schmidt-Bink bitten, kurz auf die Fragen einzugehen, und dann die Kollegin per Webex.

Lonneke Schmidt-Bink (Frauentreff Olga; Leitung): Gerne! Ich habe mitgeschrieben, und ich hoffe, dass ich alles mitgeschrieben habe, sonst müssen Sie mich daran erinnern, was ich vergessen habe. – Die Frage nach der Drogenberatung bei der Streetwork zuerst. Ja, natürlich, sowohl bei der Streetwork als auch im Frauentreff Olga, im Kontaktcafé, aber auch in Beratungen, die etwas formeller in Beratungsräumen stattfinden bei Bedarf, machen wir natürlich Drogenberatung, Suchtberatung. Wir bieten Frauen, die das wünschen, die Safer-use-Beratung an, also eine Beratung, wie sie sicherer konsumieren können und sich weniger Risiken aussetzen. Wir geben auch Konsummittel aus, also saubere Spritzen und auch Folie zum Rauchen usw. und alle Konsumutensilien, die man braucht. Sonst bieten wir auch Naloxon-Training an, Naloxon – ein Opiatantagonist. Das ist vielleicht ein bisschen zu technisch, aber wenn Heroinkonsumentinnen eine Überdosis nehmen, können sie Naloxon von einer Person in der Nähe gespritzt bekommen. Wir bieten diese Schulung an und können dafür sorgen, dass Frauen das Medikament bei sich tragen können. Das machen wir in Zusammenarbeit mit unserer Ärztin. Zur Drogenberatung gehört natürlich auch die Vermittlung in weiterführende Hilfe, wenn es denn möglich ist, wenn Frauen krankenversichert sind und Ansprüche auf die-

se Hilfe haben. Da geht es natürlich um Entgiftung und Entwöhnungsbehandlung. Da bräuchte man erst einmal eine Kostenübernahme.

Es gab die Frage nach Konsummuster, wenn ich mich richtig erinnere, vielleicht verbessern Sie mich noch mal, wie wir merken, dass sich die Konsummuster verändert haben. Das war die Frage, nicht? Erstens sprechen wir natürlich mit unseren Klientinnen über den Konsum, und die erzählen uns das, und zweitens ist das ganz klar bemerkbar. Eine Heroinkonsumentin möchte eher ein Nickerchen machen und sich ausruhen. Eine Crystalkonsumentin ist eher aufgeregt und sehr präsent, und nach längerem Konsum zeigen sich oft die Begleiterscheinungen des Konsums, dass die Frauen psychisch sehr durcheinander sein können. Es zeigen sich viele drogeninduzierte Psychosen, das heißt, die Frauen sind sehr misstrauisch, haben Wahnideen, sehen Sachen, die nicht da sind usw. Dazu kommen in den schlimmsten Fällen noch Aggressionen und Gewalt. Wir haben es mittlerweile leider fast tagtäglich, dass wir auf der Straße sehen, dass unter sich gestritten und geprügelt wird, aber dass es auch leider im Frauentreff Olga zu gewalttätigen Vorfällen kommt, dass unsere Tür eingetreten wird zum Beispiel. Vor ein paar Monaten stand eine Frau mit einem Stuhl über dem Kopf da und hat den Laden sozusagen zerstört. Daran merken wir, dass die Konsummuster sich verändert haben.

Dann gab es noch eine Frage zu den Toiletten. Ich habe leider nur aufgeschrieben: Toiletten. Können Sie das vielleicht noch mal erläutern? – [Zuruf von Tobias Schulze (LINKE)] – Ach so, Konsumraum, genau! Soweit ich das verstanden habe – das ist nicht unbedingt etwas, womit ich direkt zu tun habe –, ist mein Träger, der Notdienst, auf jeden Fall im Gespräch mit dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Stand der Dinge ist, glaube ich, wenn ein Träger Räumlichkeiten findet, kann der Träger dafür den Konsumraum aufsetzen und führen.

Das Problem – nicht nur in Tempelhof-Schöneberg, sondern in der gesamten Stadt – ist, glaube ich, dass es einfach keine Räumlichkeiten gibt, um Konsumräume einzurichten. Man kann sich vorstellen, was die Nachbarschaft dazu sagt und dass es etwas schwierig ist. Man braucht natürlich bestimmte Räumlichkeiten, um das anbieten zu können.

Es gab eine Frage nach Verrichtungsorten, was wir uns wünschen oder, besser gesagt, was die Frauen sich da wünschen. Ich glaube, dass die Frauen sich einfach sichere Verrichtungsorte wünschen, Orte, die nicht zu weit ab sind, wo eine gewisse soziale Kontrolle untereinander oder auch durch andere möglich ist. Ich glaube, viele Frauen haben immer gerne das Angebot von Stundenhotels angenommen. Stundenhotels gibt es aber immer weniger, werden auch immer teurer. Der Zugang dazu ist jetzt für viele Frauen schwieriger. Auch das LSD, das Erotikkino an der Ecke, wird für Verrichtungen genutzt. Was auch immer man davon hält, es ist ein relativ sicherer Ort der Verrichtung. Das Kino soll aber verschwinden durch die baulichen Veränderungen, die an der Ecke anstehen. Ein Vorschlag war – damals schon, er wurde schon geprüft, ich gucke jetzt mal in Richtung Frau Stöckigt, weil sie damals auch damit zu tun hatte –, vielleicht Verrichtungsboxen im Kiez aufzustellen. Das hat sich dann aber als zu kompliziert, zu schwierig und teuer erwiesen und hat dann nicht stattgefunden. Weiterhin wäre es aber natürlich eine sehr sichere Option für die Frauen, wenn es zum Beispiel entweder Verrichtungsboxen – oder vielleicht sowohl als auch – für die Frauen gäbe, die mit einem Kunden dort reingehen oder in einem Auto verrichten möchten – dann braucht es sozusagen Carports –, wo man verschiedene Maßnahmen treffen kann, damit die Verrichtungsorte sicher sind, einen Notfallknopf zum Beispiel oder die Möglichkeit, dass man mit dem Auto nur so in einen solchen Carport fahren bzw. der Freier nur so parken kann, dass die Frau aus der Beifahrertür raus kann. Das wären zum Beispiel gute Lösungen. Die Lösungen sind natürlich kompliziert und teuer; wie gesagt, es wurde schon geprüft. Die Toiletten waren dann eine Kompromisslösung. Und verstehen Sie mich nicht falsch, die Toiletten werden im Kiez gebraucht, aber wenn darin unsicher konsumiert wird und auch Sexarbeit stattfindet, ist das natürlich unschön.

Es gab eine Frage nach der gesundheitlichen Versorgung. Ich habe das so verstanden, dass es eine Frage zur Clearingstelle ist, was sich da verbessern könnte. Ich glaube, die Clearingstelle ist eine tolle Initiative. Es gibt viele Möglichkeiten, Menschen, die keine Krankenversicherung haben, tatsächlich in eine gesundheitliche Versorgung zu bekommen. Es ist aber ein langer Weg. Es sind einige Termine nötig, es ist relativ hochschwellig, auch wenn man in die offene Sprechstunde geht. Unsere Erfahrung ist, dass es für unsere Frauen einfach zu schwierig ist, ein zu langer Weg. Die Frauen können das Warten kaum aushalten, wenn es um etwas Dringendes oder um die Behandlung einer Suchterkrankung geht. Wenn die Frau kommt und sagt, ich möchte mich jetzt behandeln lassen, ich möchte entgiften und eine Entwöhnungsbehandlung, Substitutionsbehandlung oder was auch immer angehen, dann ist die Motivation in dem Moment da. Wenn man dann erst noch ein paar Wochen warten, dann noch drei Termine machen und auch dorthin fahren muss, um die Kostenübernahmen zu machen und so weiter, ist die Motivation oft schon wieder weg. Von daher ist es etwas hochschwellig. Wir würden uns wünschen, dass der Zugang etwas niedrigschwelliger wäre, dass wir da vielleicht auch Vorarbeit leisten können. In der Praxis merken wir jetzt, dass, wenn wir das nicht vom Anfang bis zum Ende begleiten, keine Kostenübernahme zustande kommt. Wir können es natürlich personell gar nicht leisten, jede Frau, die ein Anliegen hat, zu begleiten. Da geht es nicht nur um Sachen – nur damit Sie sich dessen bewusst sind – wie eine Suchterkrankung, es geht

zum Beispiel auch um Menschen mit einer Herzerkrankung, mit hohem Blutdruck und so weiter, also auch um stinknormale gesundheitliche Probleme, die Menschen nun mal haben.

Es gab eine Frage zu unseren osteuropäischen Klientinnen. Ich habe dazu nur „osteuropäische Frauen“ und „Illegalität“ aufgeschrieben. Kann mir jemand vielleicht sagen, worum es ging?

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Was bedeutet die Verlagerung in den digitalen Raum für diese vulnerable Gruppe?

Lonneke Schmidt-Bink (Frauentreff Olga; Leitung): Genau, das war die Frage, die teilweise auch an Frau Stöckigt ging. Frau Stöckigt kann nachher wahrscheinlich noch mehr darüber sagen. Für unsere Frauen hat es nicht so viel Verlagerung gegeben. Wir haben in der Coronazeit gesehen, dass sich bei vielen Frauen, als es ein Arbeitsverbot gab, die Arbeit schon in Wohnungen verlagert hat, in Pensionen usw. In dem Moment haben die Frauen dann natürlich illegal gearbeitet, weil es ein Arbeitsverbot gab. Da sie keine andere Wahl haben, haben sie es trotzdem gemacht. Viele Frauen hatten einfach keine sozialrechtlichen Ansprüche, konnten keine Leistungen beantragen. Die Frauen, die nicht nach dem Prostituiertenschutzgesetz angemeldet waren, konnten sich nicht in dem Sinne eine Unterstützung vom Staat holen, wie andere selbstständig angemeldete Menschen in Berlin das konnten. Daher waren sie gezwungen, weiter zu arbeiten. Was wir gesehen haben – ich kann nur unsere Beobachtungen wiedergeben –, ist, dass, wenn Frauen nicht vor Ort arbeiten, sie nicht zu uns für Kondome, für die medizinische Versorgung, Beratung usw. kommen, und wir sind dann nicht als Schutzraum da. In dem Sinne ist eine Verlagerung in Ecken, wo die soziale Arbeit die Frauen nicht erreichen kann, aus unserer Sicht schlichtweg gefährlich.

Dann gab es noch eine Frage zu den Ökotoiletten und welche Verbesserungen wir uns da wünschen würden. Wenn ich ganz ehrlich bin, fällt mir dazu nicht so ganz viel ein, außer eine vielleicht noch häufigere Reinigung der Toilettenhäuschen und dass dafür gesorgt wird, dass die Klohäuschen und auch die Umgebung oft gereinigt werden. Ich hatte ja schon das Projekt Fegeflotte erwähnt, wo Maßnahmenteilnehmer im Kiez zusätzlich zur BSR reinigen. Jetzt muss man dazu sagen, dass im Kiez schon die höchste Reinigungsstufe gilt. Es wird täglich gereinigt, und dann kommt mehrmals in der Woche noch die „Fegeflotte“ dazu. Die Klohäuschen werden, wenn ich mich nicht irre, täglich gereinigt. Man kann sich aber vorstellen, dass es mit 300 Toilettengängen am Tag am Ende doch nicht mehr so frisch aussieht. Die Lösung wäre natürlich, weitere City-Toiletten in der Kurfürstenstraße aufzustellen. Das ist geprüft worden. Es ist baulich nicht möglich gewesen, dadurch, dass die U-Bahn darunter verläuft, die City-Toiletten zu installieren. Das geht nicht.

Vorsitzender Christian Gräff: Frau Schmidt-Bink, ich muss Sie leider unterbrechen. Sie sind so ungefähr bei 12 Minuten. Wenn Sie ein bisschen gucken könnten, die Fragen vielleicht zusammenzufassen – das wäre total nett. Vielen Dank!

Lonneke Schmidt-Bink (Frauentreff Olga; Leitung): Gut.

Vorsitzender Christian Gräff: Vielleicht auch ein ganz bisschen lauter, falls es Ihre Stimme zulässt. Ich sehe zumindest im Internet, dass die Kollegen immer mehr an den Laptop heranrücken.

Lonneke Schmidt-Bink (Frauentreff Olga; Leitung): Okay! Ich kann ein bisschen näherkommen. Soll ich also alle Fragen noch beantworten, aber ein bisschen kürzer?

Vorsitzender Christian Gräff: Sehr gerne! Das wäre perfekt.

Lonneke Schmidt-Bink (Frauentreff Olga; Leitung): Entschuldigung. Ich soll mich kurzfassen. – Dann gab es die Frage nach der Beratung und was die Hauptanliegen sind. Ganz konkret geht es im Moment dabei um die Existenzsicherung, um ganz viele Hartz-IV-Anträge, wenn es denn möglich ist, und damit einhergehend auch um den Zugang zu einer Krankenversicherung, wie wir eine andere Perspektive dazu bieten können. Unsere Handlungsmöglichkeiten sind dabei natürlich begrenzt, wenn Frauen keine Grundsicherungsleistungen bekommen können, weil sie keine Ansprüche haben. Wenn wir nicht in Wohnungen vermitteln können, was im Moment natürlich sehr schwierig ist, und auch teilweise nicht in Unterbringungen nach ASOG und Notunterkünfte, sind unsere Möglichkeiten dann natürlich begrenzt, leider.

Sie haben nach dem Unterschied im Konsummuster zwischen obdachlosen und nicht obdachlosen Menschen gefragt. Die gibt es, glaube ich, nicht wirklich. Ich glaube eher, dass die Situation der Obdachlosigkeit nur noch mal zu mehr Konsum einlädt, um mit der Situation umzugehen.

Es kam die Frage nach der Fluktuation der Frauen. Das stimmt, früher gab es eine hohe Fluktuation. Jetzt ist sie etwas weniger. Tatsache ist aber auch, dass im Moment viel weniger Frauen an der Straße stehen. Zum Vergleich zu früher kann ich Ihnen leider, weil wir in dem Sinne keine Zählungen durchführen, keine Antwort geben. Aber eine Schätzung vielleicht: Wo früher mal 100 Frauen an der Straße standen, sind es jetzt vielleicht eher 30. Die Frauen stehen aber auch zu unterschiedlichen Zeiten da, daher ist es schwierig, harte Zahlen zu haben. Es sind aber auf jeden Fall viel weniger geworden. Frauen berichten weiterhin, dass sie weniger Geld verdienen. Viele Frauen haben Angst, dort zu stehen, dadurch, dass die Situation sich an der Straße mit Gewalt usw. so verändert hat. Sie kommen ungern noch arbeiten oder haben Angst, wenn sie in den späten Abendstunden arbeiten müssen.

Woher kommen die Drogen? – Die Drogen kommen vom Drogendealer. Ich habe nicht den Eindruck, dass Zuhälter den Frauen die Drogen zuschustern. Das ist nicht unser Eindruck, dass das so passiert. Das wird auch mal passieren, vielleicht wenn der Partner Zuhälter ist, wenn zusammen konsumiert wird. Im Großen und Ganzen kaufen die Frauen ihre Drogen aber freiwillig und selbstständig.

Zahlen zur Zwangsprostitution kann ich leider auch nicht bieten. Das Bundeskriminalamt hat gerade den Bericht für 2021 veröffentlicht. Da können Sie mal schauen, wie die Zahlen sind. Ich möchte an dieser Stelle nur noch mal kurz darauf hinweisen, dass es manchmal schwierig ist, weil unsere Klientinnen uns nicht immer alles erzählen wollen oder können und es natürlich auch Graubereiche gibt, zum Beispiel wenn eine Frau laut Gesetz Opfer von sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution ist, dies aber selbst nicht so wahrnimmt oder auch freiwillig – in Anführungszeichen – in dieser Situation bleibt. Daher ist es nicht so einfach, Ihnen dazu harte Zahlen zu nennen.

Dann gab es noch die Frage nach dem Gremium und der Frequenz, ob es richtig getaktet ist. Ich glaube, es könnte öfter stattfinden und dass der Fokus eher wieder ein bisschen darauf gerichtet werden sollte, wie es am Anfang war. Frau Stöckigt kann selber gleich noch etwas dazu sagen. Es wurde erst mal eruiert, wie die Situation in Berlin war, und dann wurden die verschiedenen Arbeitsbereiche der Sexarbeiterinnen ganz strukturell angegangen. Mein Appell ist nicht, dass es nicht oft genug stattfindet, sondern dass man den Fokus eher wieder dahin bringen sollte, wo die Bedarfe in den verschiedenen Communities und Arbeitsorten usw. sind.

Vorsitzender Christian Gräff: Okay! Wunderbar, herzlichen Dank! – Dann kommen wir zu Frau Stöckigt. Bitte schön!

Sarah Stöckigt (Hydra e. V.; Projektleiterin) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Vielen Dank auch an meine Vorrednerin, die jetzt schon Fragen beantwortet hat. Ich versuche, mich relativ kurzzufassen und es vielleicht ein bisschen überblicksartig zu machen. Der Punkt ist, dass Sexarbeit ein extrem intersektionales Feld ist. Deswegen bin ich zum Beispiel sehr froh zu hören, dass die Kollegin von der LADS das Thema auch auf ihrer Agenda hat. Die Stigmatisierung betrifft alle Sexarbeiter/-innen, alle Personen, auch die, die weiß, deutsch, gut gebildet, vielleicht gut verdienend sind. Die sind alle von Stigmatisierung in der Sexarbeit betroffen. Deswegen ist es auch immer ein Antidiskriminierungsthema. Insbesondere sind aber die Personen betroffen, die noch auf andere Arten marginalisiert sind. Das Stichwort, das schon von der Kollegin gefallen ist, Transpersonen – sie haben oft keinen Zugang zu Schutzplätzen und Unterkünften, die das berücksichtigen. Die Senatorin hat eingangs gesagt, Berlin soll ein sicherer Ort für alle Frauen sein. Dazu zählen auch Sexarbeiterinnen.

Mein Appell an alle Senatsverwaltungen, die hier sind – auch an alle Senatsverwaltungen, die nicht hier sind –, ist, dass Sexarbeit als ein Thema dort mitgedacht werden muss. Das ist der Anspruch, den der Runde Tisch auch hatte. Sexarbeit ist kein Gleichstellungs- oder Gesundheitsthema. Natürlich ist sie das alles auch, aber Sexarbeit muss überall mitgedacht werden. Wenn wir über die Umsetzung der Istanbul-Konvention und über Schutzplätze reden, muss es zum Beispiel auch darum gehen, was mit Personen ist, die von Menschenhandel betroffen sind und die oft auch nicht so einfach eine Unterkunft bekommen, weil es da noch mal erhöhte Sicherheitsanforderungen gibt. Das sind alles Bereiche, wo es extrem wichtig und wertvoll ist, die Erfahrungen von Trägern und Projekten, die in der Sexarbeit schon länger arbeiten und Erfahrung haben, miteinzubeziehen, aber auch Sexarbeiterinnen selbst immer einzubeziehen. Auch das ist eine Herausforderung. Das haben wir schon beim Runden Tisch erlebt, dass es wirklich extrem wichtig und wertvoll ist, die Stimmen von denjenigen zu hören, die betroffen sind. Die können dann auch sehr genau beantworten und erklären, wo eigentlich die konkreten Problemlagen sind und wie es zum Beispiel mit der Erreichbarkeit bestellt ist.

Das war ja auch eine Frage, die öfter kam, die Frage nach der Verlagerung ins Digitale, in privatere Bereiche. Das sind alle Aspekte, die sich schon seit dem Prostituiertenschutzgesetz verändert haben, denn wir wissen, dass das dazu geführt hat, dass viele Orte der Sexarbeit in Berlin geschlossen haben oder jetzt verdeckter unterwegs sind, einfach weil sie die Anforderungen nach dem Gesetz nicht erfüllen können oder wollen, was immer auch zu unsichereren Arbeitsbedingungen und zu mehr Ausbeutung führt. Die Verlagerung in das Internet hat natürlich schon angefangen, sie hat sich durch die Coronapandemie noch mal stark verändert und dafür gesorgt, dass auch wir jetzt die Zielgruppen schlechter erreichen. Eine Onlinebera-

tung, die wir übrigens auch schon vor der Pandemie hatten, reicht da bei Weitem nicht. Die Antwort auf diese Fragen ist tatsächlich immer, dass es Peerarbeit und Menschen aus den Communities braucht, die wissen, wie gearbeitet wird, wo die Personen wie zu erreichen und was die Bedarfe sind. Das ist auch eine übergreifende Empfehlung im Handlungskonzept gewesen. Das muss weiterhin verstärkt umgesetzt werden.

Wir haben bei „Hydra“ die ganze Bandbreite an Beratungsanfragen. Wir haben in letzter Zeit wieder mehr Anfragen nach einer Orientierungsberatung, also von Menschen, die in der Sexarbeit anfangen wollen und sich beraten lassen möchten, wie sie das gut machen können, ob das überhaupt etwas für sie ist. Wir haben die ganze Bandbreite an sozialer Absicherung, Jobcenteranträge, auch viel, was das Aufenthalts- und Ausländerrecht angeht. Ganz viel im Themenbereich Sexarbeit ist Migrationsberatung. Das ist einfach die Realität in unserer Unterstützungsarbeit. Die Themen Drogen und Suchterkrankungen sind bei uns nicht so sehr stark ausgeprägt. Die Kollegin hat dazu ja schon ausführlicher erzählt, dass das eher der Schwerpunkt des Notdienstes in diesem Bereich ist. Was wir aber zum Beispiel seit der Pandemie verstärkt erleben, sind psychische Belastungen, die zunehmen, sodass es im Bereich Gesundheit schon lange nicht mehr ausschließlich um HIV- und STI-Prävention geht, sondern sehr viel auch um die psychische Gesundheit. Wir haben ein Projekt über den Runden Tisch finanzieren können, das eine niedrigschwellige Vermittlung in Therapiemöglichkeiten in akuter Krise ermöglicht. Das ist zum Beispiel ein extrem wichtiges Tool, bei dem vor allem die Niedrigschwelligkeit sehr wichtig ist, sowie der Aspekt, dass die Therapeutinnen und Therapeuten, zu denen wir vermitteln, Wissen über Sexarbeit haben und sensibilisiert und geschult sind.

Das ist ein Aspekt, zu dem ich Herrn Grüning aus der Innenverwaltung noch mal kurz ansprechen möchte. Es geht beim Thema Sexarbeit nicht immer nur um Menschenhandel, es geht auch um das Thema Stigmatisierung. Auch da müssen alle Menschen, die mit Sexarbeiter/-innen zu tun haben, sensibilisiert werden. Nicht nur die Polizei, auch viele andere Behörden haben da noch viel zu lernen, was übrigens auch im Handlungskonzept schon ausführlich beschrieben ist. Ich denke, wir müssen an vielen Stellen das Rad jetzt nicht mehr neu erfinden, sondern einfach – einfach! – diese vielen Empfehlungen, die niedergeschrieben wurden, umsetzen. Das bedeutet eben auch, die anderen Verwaltungen mit einzubeziehen. Das bedeutet, das Thema interdisziplinär und intersektional anzugehen.

Vielleicht noch ein letzter Punkt zur Zuwendung und wie wir in der Zuwendungspraxis und in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung Dinge erleichtern können. Ich habe natürlich eine lange Liste dazu und bin sehr gern bereit zu einem ausführlicheren Austausch. Es gibt eine tolle Broschüre von unserem Dachverband, dem Paritätischen. Sie heißt „Entbürokratisierung der Zuwendungspraxis“. Ich kann sie jeder und jedem empfehlen, auch sehr gerne vor allem den Abgeordneten. Aus meiner Perspektive kann jeder einzelne Punkt davon gerne sofort umgesetzt werden. Das würde unsere Arbeit enorm erleichtern. Die Senatorin hat es eingangs erwähnt: Man merkt in der Zusammenarbeit, vor allem auch mit der Gleichstellungsverwaltung, dass es eine jahrzehntelange Historie an Veränderungen und auch an Zuwendungspraxis gab, die zum Beispiel dazu führt – das ist nur ein kleines Beispiel, das ich nennen möchte –, dass in jedem Projekt zwei verschiedene Stellenpläne erstellt werden müssen, dass wir also immer mit unserem tollen digitalen Tool Fazit einen Stellenplan erstellen und dann noch mal eine separate Exceltabelle für jedes Projekt. Wir haben aktuell drei Projekte im Gleichstellungsbereich und ein Projekt im Gesundheitsbereich. Da kann man sich leicht hochrechnen,

wie viel unnötige Verwaltungsarbeit von unserer Seite da reinfließt, aber natürlich auch auf der Verwaltungsseite, die das alles im Detail prüfen und nachvollziehen muss.

Mein Wunsch, vor allem an die Abgeordneten, ist, dass für die nächste Haushaltsaufstellung die Mittel in die Regelfinanzierung der Träger überführt werden und nicht mehr alles in Sondertöpfen ist, was immer zu mehr Verwaltungsaufwand führt, und das insgesamt unbürokratisch, natürlich weiter nach den Anforderungen der Verwaltung. Wir wollen ja alle mit den Steuergeldern gut umgehen, aber wir wollen vor allem auch unnötige Bürokratie vermeiden. Dass für alles Sonderanträge gestellt werden müssen – ich sage nur Coronasonderzahlung –, ist aus meiner Sicht einfach unnötig. Das kann alles in einen Antrag fließen, den wir ja sowieso regelmäßig stellen müssen. – Das jetzt kurz als Rundumschlag. Falls es noch Detailfragen gibt, gerne. Ich stehe natürlich auch weiterhin für einen Austausch zur Verfügung.

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank! – Dann würde ich jetzt den beteiligten Senatsverwaltungen die Möglichkeit geben, auf die Fragen einzugehen. – Frau Staatssekretärin, bitte, Sie vielleicht zuerst!

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG): Das mache ich gern. Ich hoffe, ich habe alle Fragen notiert. Zu Beginn war die Frage, ob die Themen Zwangsprostitution und Menschenhandel Einkehr in den Runden Tisch gefunden haben. Selbstverständlich wurde das mitdiskutiert, das ist ja keine Frage. Auch unter dem Schwerpunkt 2.8 – Gewalt und Ausbeutung – wird diese Thematik diskutiert. Das ist aber ein Schwerpunkt, der verwaltungsübergreifend zu diskutieren ist und jetzt auch weiter verwaltungsübergreifend im Lenkungsgremium thematisiert werden kann.

Der Umsetzungsstand der Registrierung war eine Frage. Dazu kann ich Ihnen mitteilen, dass aktuell 1 520 Personen über eine gültige Anmeldebescheinigung aus Berlin verfügen und bis einschließlich 31. August 2022 bei der Beratungs- und Anmeldestelle für Sexarbeitende – Probea Berlin ist das ja – insgesamt 4 287 Beratungsgespräche stattfanden. Wo ich schon mal bei den Kennzahlen bin: 220 Prostitutionsstätten inklusive Prostitutionsvermittlungen haben einen Antrag auf eine Erlaubnis gestellt. Ich stelle aber vor die Klammer, dass es bislang wenig belastbare Daten zur Sexarbeit in Berlin gibt. Schätzungen gehen tatsächlich von 6 000 bis 8 000 Sexarbeitenden aus. Das hatten wir hier auch an verschiedenen Stellen gehört. Dazu kommen die straßenbasierte und die Haus- und Hotelsexarbeit. Das zu den Kennzahlen, soweit sie uns vorliegen.

Dann kam die Frage auf, welche Maßnahmen getroffen wurden, dass die Sexarbeitenden besser erreicht werden; ich glaube, das war eine Frage von Tobias Schulze. Einiges wurde dazu gesagt. Vor allem – ich weiß nicht, ob das eben schon erwähnt wurde – soll als neues Projekt in 2023 das Outreach-Projekt zur Förderung der Peerarbeit und Erreichbarkeit von Sexarbeitenden mit sogenanntem asiatischen Hintergrund von Hydra e. V. umgesetzt werden. Das Konzept hierzu liegt schon vor. Wir sind, denke ich, dazu in einer guten Vorbereitung. Was hier aber an verschiedenen Stellen anklang, ist tatsächlich, dass man schauen muss, dass man die Communities besser erreicht – ob das durch einen weiteren Ausbau, das können wir uns auch noch mal anschauen, der Sprachmittlung erreicht werden kann. Hier plant der Bezirk für den Frauentreff Olga die Umwidmung von zwei Sprachmittlungsstellen in zwei Stellen für Sozialarbeiter/-innen mit Sprachkenntnissen und auch die Aufstockung von zusätzlichen Stel-

len für Sozialarbeiter/-innen. Ich denke, das ist zumindest ein Schritt in eine richtige Richtung.

Des Weiteren, was die Frage der Erreichbarkeit angeht, haben wir eine Erweiterung der Öffnungszeiten von „Olga“ schon vor anderthalb Jahren gewährleisten können, sodass jetzt wochentags bis 20 Uhr statt bis 18 Uhr geöffnet ist und samstags zusätzlich von 14 Uhr bis 20 Uhr. Neben den regulären Öffnungszeiten deckt der Frauentreff auch Behördengänge mit Klientinnen und auch, ich meine, bis 21 Uhr die zusätzlichen Streetworkrunden im Kiez ab. Das gewährleistet, denke ich, auch eine gute und wichtige Erreichbarkeit.

Der Abgeordnete Schulze hatte die Frage gestellt, wie es mit „Stöckelschuh“ weitergeht. Das Modellprojekt Roter Stöckelschuh hat die Antistigmatisierungsarbeit im Gesundheitsbereich gemacht, hat ein Gesundheitsnetzwerk von Gynäkologinnen und Gynäkologen, aber auch weiteren Ärztinnen und Ärzten für weibliche Sexarbeitende ausgebaut. Sie haben die Online-datenbank im November 2020 veröffentlicht. Die Finanzierung – es war ja nur ein Pilotprojekt – wurde Ende 2021 beendet, weil der Träger plant, das Projekt bundesweit auszubauen. Das heißt, sie haben dafür jetzt Mittel beim Bund, beim BMFSFJ, beantragt. Die Idee soll weitergeführt werden, aber eben in einem größeren Rahmen.

Dann kam allgemein die Frage auf, wie es mit dem Runden Tisch weitergeht. Ich denke, das ist mit der Frage zusammenzuführen, wer eigentlich wie tagt, wann, wie häufig und unter der Einbeziehung von wem. Ich denke, wir sind uns alle einig und stimmen Ihnen natürlich zu, dass wir die Stimmen der Betroffenen hören sollten. Das tun wir auch. Der Arbeitskreis Sexarbeit und Betriebsstätten findet seit Mai dieses Jahres wieder regelmäßig statt und auch mit den Betroffenen. Das Koordinierungsgremium findet auch statt. Es hatte dieses Jahr schon eine Sondersitzung. Es findet aber vor allem bedarfsabhängig statt. Ich denke, es ist auch wichtig, das klang hier auch an vielen Stellen durch, dass man ganz genau schauen muss, wo die Bedarfe sind und dann die Sitzungen bedarfsorientiert ansetzt. Es geht ja nicht darum, dass man nur an der Quantität arbeitet.

Das Lenkungsgremium, in dem ich selber bin, wurde im Mai wieder aufgenommen und tagt auf der Ebene der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre mit den beteiligten Senatsverwaltungen. Das sind im Grunde fast alle Senatsverwaltungen, würde ich sagen. Da schauen wir uns ganz genau an, wie die Umsetzung der Empfehlungen läuft. Vor allem ermitteln wir da auch, basierend auf dem Arbeitskreis und dem Koordinierungsgremium, die fortlaufenden Bedarfe.

Dann kam noch die Frage nach der Bürokratie der Zuwendungen auf. Die Broschüre zur Entbürokratisierung der Zuwendungspraxis vom Paritätischen können Sie uns gern zusenden. Dafür sind wir immer offen. Was den Vorschlag – ich glaube, das kam von Ihnen, Frau Jasper-Winter – haushaltsrechtlicher Änderungen angeht, glaube ich, dass die gar nicht nottun. Die Frage, die im Raum steht und durchaus nachvollziehbar ist, das hatte die Senatorin in ihrem Eingangsstatement auch zum Ausdruck gebracht, ist, dass seitens der Fachberatungsstellen öfter der Wunsch aufkam, dass sie sich eine Zuwendungsgeberin wünschen. Sie erhalten ja Mittel von unterschiedlichen Abteilungen in unserem Haus und teilweise auch von der LADS, also SenJustVA, und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Wir können diesen Wunsch allein schon aus dem Grund gut nachvollziehen und würden diesen Impuls auch mitnehmen und noch mal weiter prüfen, wo das Thema Sexarbeit am günstigsten

angegliedert werden kann. – Ich glaube, das war es so weit. Melden Sie sich, wenn noch was offengeblieben ist!

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank! – Dann würde ich jetzt an die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz weitergeben. Ich weiß nicht, wer das bei Ihnen machen möchte.

Eren Ünsal (SenJustVA; Leiterin LADS) [zugeschaltet]: Ich kann ja mal anfangen mit der an die LADS gerichtete Frage, ob beziehungsweise wie viele Fälle im Zusammenhang mit Diskriminierung von Sexarbeitenden bei der Ombudsstelle eingegangen sind. Vielleicht ganz kurz: Menschen können sich über die Diskriminierungsdimension oder den Diskriminierungsgrund sozialer Status an die Ombudsstelle wenden. Dazu gehören selbstverständlich auch Sexarbeitende, wenn sie durch eine öffentliche Stelle des Landes Berlin – dazu gehören auch die Polizei oder Ordnungs- und Sozialbehörden – diskriminiert wurden. Solche Diskriminierungsbeschwerden sind bei der Ombudsstelle bislang nicht eingegangen. Wir vermuten, dass das auch daran liegt, dass die Ombudsstelle im Kreis der Sexarbeitenden erst noch weiter bekannt gemacht werden muss. Dazu gab es auch schon Gespräche, unter anderem mit „Hydra“. Da soll auch mehr passieren.

Dann wurde die Frage gestellt, ob es Beschwerden im Zusammenhang mit nicht gezahlten Honoraren gibt. Vorbehaltlich der Prüfung kann ich sagen, das dürfte eher in den Anwendungsbereich des AGG und nicht des LADG fallen. In dem Fall wäre es nicht die Ombudsstelle, an die sich die Menschen wenden könnten, sondern sie müssten sich an die AGG-Beratungsinfrastruktur wenden. Da liegen mir keine Zahlen vor, ob es solche Beschwerden gegeben hat, aber möglicherweise wissen die Kolleginnen von „Hydra“ und „Olga“ mehr dazu. Ansonsten müsste ich das im Nachgang noch mal bei den Beratungsstellen in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft abfragen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank! – Herr Dr. Meinen, haben Sie noch Fragen offen? – Nein. Dann würde ich das Wort der Senatsverwaltung für Inneres geben – Herr Grüning oder Herr Staatssekretär? – Bitte schön, Herr Grüning!

Kristian Grüning (SenInnDS) [zugeschaltet]: Vielen Dank! Ich würde die Beantwortung der Fragen übernehmen. Ich hoffe, ich habe mir sie jetzt alle richtig notiert. Ich gehe sie möglichst in der Chronologie durch, wobei ich glaube, es ist wahrscheinlich zeitsparender, wenn ich sie gleich inhaltlich beantworte und zusammenfasse.

Ich beginne mit den Fragen zu Zwangsprostitution und Menschenhandel und der Verknüpfung. Da haben wir grundsätzlich die Situation, dass wir immer diese Diskrepanz zwischen Hell- und Dunkelfeld haben – sage ich mal salopp – und ein reiner Blick und Verweis nur auf die Polizeiliche Kriminalstatistik immer nur einen kleinen Teilbereich ausleuchtet. Gleichwohl sind das die Zahlen, mit denen wir vor allen Dingen arbeiten und planen. Wir haben aber in dem Bereich die Erfahrung gemacht, dass es stark coronabedingte Veränderungen gab, auch durch die Reisebeschränkungen, die damit einhergingen. Frau Schmidt-Bink hat bereits ausgeführt, dass es auch in der Kurfürstenstraße – um es konkret zu machen – einen Rückgang gab. Den Rückgang in der Coronazeit haben wir auch gesehen, und wir haben danach auch wieder einen Anstieg wahrgenommen, aber noch nicht das zahlenmäßige Niveau erreicht, das wir vielleicht in Vor-Corona-Zeiten hatten. Da, glaube ich, sind aber naturgemäß die NGOs und die Streetworkerinnen ein bisschen dichter dran als wir.

Verknüpfung immer mit Zwangsprostitution? – Ja, wenn wir die Erkenntnisse haben. Da komme ich zurück auf den Punkt, den ich vorhin auch angesprochen habe, Weiterbildung im Umgang mit Sexarbeitenden, und den ersten Punkt von den dreien, Sensibilisieren der Dienstkräfte im Umgang, um das überhaupt zu erkennen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, den auch Frau Stöckigt angesprochen hatte im Hinblick auf Stigmatisierung. Wir sehen schon, dass für uns die Dienstkräfte auch ein ganz wichtiger Faktor sind, um überhaupt dieses Vertrauen zu schaffen, um den sensibilisierten Umgang mit den Personen zu haben und zu etablieren, und wir häufig auch nur über dieses Vertrauen dann auch zu Aussagen kommen, auch im Hinblick auf Zwangsprostitution. Dann ist auch ein Faktor, dass es entsprechend erkannt wird, dass es von der Person selbst so wahrgenommen und erkannt wird und dass es auch von den Dienstkräften erkannt wird.

Um doch wieder in Richtung der Zahlen zu schauen, Richtung PKS. Wir reden jetzt statistisch von einer zweistelligen Zahl, also es bewegte sich immer so zwischen 50 und 70 in den vergangenen Jahren. Das sind aber statistische Zahlen, die bei uns entsprechend so erfasst sind. Sie unterliegen einer großen Dynamik, teilweise auch von Einzelverfahren geprägt.

Frau Schmidt-Bink hatte den Verweis auf das Bundeslagebild OK gegeben. Ich kann hier schon mal ankündigen: Das OK-Lagebild für Berlin kommt, so wie bei allen Bundesländern üblich, nach Veröffentlichung des Bundeslagebilds. Das Bundeslagebild ist erfolgt, das heißt, unseres wird in den nächsten Wochen auch veröffentlicht werden. Ich kann schon mal darauf hinweisen, dass wir dort ein Extrakapitel zu Zwangsprostitution und Menschenhandel haben werden und da auch konkrete Ausführungen verfasst haben.

Um es Ihnen beispielhaft zu machen, denn es kam die Frage nach der Zusammenarbeit, nach den Strukturen und der Herkunft: Grundsätzlich sind verschiedenste Regionen der Welt betroffen, eigentlich kann man sagen, in gewisser Form fast alle. Einen Schwerpunkt haben wir natürlich, auch aufgrund unserer Lage als Stadt, auf europäischen und osteuropäischen Ländern. Die Zusammenarbeit ist gerade bei einer Stadt wie Berlin sehr stark davon geprägt, wir haben ja keine eigene Außengrenze, durch die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei, dem BKA, mit Europol. Wir hatten letzte Woche – das macht es vielleicht plastisch – erfolgreiche Festnahmen von Personen aus dem Bereich der Zuhälterei und des Menschenhandels. Das waren Haftbefehle aus einem osteuropäischen Land, die hier vollstreckt wurden in Zusammenarbeit mit dem BKA, mit der Brandenburger Polizei und natürlich mit der ersuchenden Polizeibehörde. Die sind in zwei Fällen erfolgreich verlaufen, ansonsten kann ich noch nicht mehr dazu sagen, weil Maßnahmen teilweise noch andauern. Also es ist schon klar, da haben wir eine internationale Komponente, und das ist dann auch gut so und etabliert.

Es kam noch die Frage zu der Entwicklung bei Drogen, Drogenkonsum, Drogenhandel. Da sage ich jetzt wahrscheinlich auch nichts Neues, wenn ich sage, Betäubungsmittelkriminalität unterliegt immer sehr dynamischen Veränderungen. Was bei allen Polizeien und auch bei der Justiz jetzt für einen neuen Erkenntnisschub gesorgt hat und immer noch sorgt, sind die Auswertungen der entschlüsselten Kryptosoftware EncroChat, die uns allen im Bereich der Sicherheitsbehörden noch mal einen neuen Blick auf den BtM-Handel geben. Grundsätzlich: Ja, wir stellen auch eine Zunahme von Amphetaminen fest, wir stellen aber auch fest, dass sich die Strukturen sehr verändern, also dass die Art und Weise der Kontaktaufnahme, der Anbahnung auch im Bereich des Drogenhandels jetzt sehr viel digitaler geworden ist. Die Auswertung dieser Erkenntnisse wird wahrscheinlich auch zu einem Anstieg an Fallzahlen führen,

der dem Rechnung trägt, dass wir ein bisheriges Dunkelfeld besser ausleuchten. Das ist zumindest die Hoffnung, die wir haben.

Dann sehe ich noch zwei Fragen, da geht es um den direkten Kontakt und den Vorschlag, die Opferschutzbeauftragten stärker in den direkten Kontakt mit den Sexarbeitenden zu bringen. Da ist es schon so: Wir haben ja die Mehrstufigkeit auch in der Polizeiarbeit, und wir händigen unsere Visitenkarten, die der konkreten Kontaktbereichsbeamten der Abschnitte, aber auch des LKA PräV und der Fachdienststelle LKA 4 im Bereich der organisierten Kriminalität vor Ort aus. Die bereits genannten Bereiche – gerade auch Kurfürstenstraße –, die dortigen Abschnitte arbeiten nach meinem Erkenntnisstand – und ich habe ihn gerade in der Zwischenzeit noch mal verifiziert – sehr eng zusammen; explizit wurde mir jetzt auch noch mal die Zusammenarbeit mit „Olga“ genannt. Dass die Präventionsbeauftragten der Abschnitte da ein enges persönliches Kennverhältnis haben, ist wichtig, weil einfach sehr viel nur über Vertrauen, über Kontakt und kurze Wege bei Ansprechpartnern funktioniert. Ansonsten ist für uns natürlich immer die Stabsdienststelle LKA PräV zentral, gerade was die strukturelle Koordinierung der Zusammenarbeit angeht. – Jetzt habe ich, glaube ich, im Schnelldurchlauf alles so weit ausgeführt, was ich dazu ausführen kann. Wenn Sie noch Fragen haben – gerne! Ansonsten würde ich an der Stelle erst mal beenden.

Vorsitzender Christian Gräff: Vielen Dank! – Mit Blick auf die Uhr: Gibt es jetzt noch irgendwelche Anmerkungen aus dem Kreise der Senatsverwaltungen? – Sehe ich nicht. Aus dem Kreis der Abgeordneten? – Das kann ich auch nicht erkennen. Dann möchte ich unseren Anzuhörenden ganz herzlich danken, Frau Schmidt-Bink, Frau Stöckigt! – [Beifall] – Sie leisten eine sehr gute Arbeit an der Frau sozusagen und an der vordersten Front. Ganz herzlichen Dank für Ihr Engagement und auch für die Anhörung! – Ich bedanke mich auch ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Senatsverwaltungen für ihre fachliche Begleitung. Dann würden wir diesen Tagesordnungspunkt vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Teilhabe von Frauenprojekten bei der Umsetzung
der Berliner Digitalstrategie**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0055](#)
GesPflegGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/0529
**Gesetz zur Änderung des
Landeskrankenhausgesetzes**

[0120](#)
GesPflegGleich(f)
DiDat

- b) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0207
**Gesetz zur Schaffung sachgerechter
Rahmenbedingungen für die Digitalisierung der
Berliner Krankenhäuser – Korrektur der
datenschutzrechtlichen Restriktionen aus dem
künftigen § 24 Absatz 7 des
Landeskrankenhausgesetzes**

[0069](#)
GesPflGleich(f)
DiDat*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.